

„Das hat sich überhaupt nicht gelohnt“

SPIEGEL-Report über erste Erfahrungen mit dem Kabelfernsehen

Flächendeckend will Postminister Schwarz-Schilling die Republik verkabeln und mit viel Geld ein neues Fernsehnetz aufziehen. Doch aus dem großen Geschäft wird

wohl nichts werden. Denn die Bürger sind mit dem jetzigen TV-Angebot ganz zufrieden und wollen gar nicht so viel fernsehen, wie die Regierung wünscht.

In der Schönbornstraße im Frankfurter Vorort Ginnheim war die Ruhe hin. Monatlang rissen Arbeiter die Gehsteige auf, hämmerten sich quer durch den Asphalt. Die Werkstätigen buddelten Schächte in Zierrasen und Blumenrabatten. Anschließend bohrten sie Löcher in die Hausmauern.

Die emsigen Wühlarbeiten, ausgeführt im Auftrag der Deutschen Bundespost, dienten dem Fortschritt. Die Anwohner in der Schönbornstraße waren als einige der ersten Bundesbürger ausersehen, an das Kabelfernsehen angeschlossen zu werden. In die aufgerissenen Gräben legten die Arbeiter kupferne Kabel; in die Keller der Häuser hängten sie kleine graue Kästen. Damit hatte die Post in allen 24 Häusern der Schönbornstraße sogenannte Übergabepunkte geschaffen – der Anschluß in das grenzenlose Fernsehzeitalter war gelegt.

All das geschah im Jahr 1981 und kostete die Post rund 100 000 Mark.

Die örtliche Oberpostdirektion war ganz sicher, den großen Coup gelandet zu haben. Bald würden die Bewohner der Schönbornstraße ihren Gram über die Buddelei vergessen haben und sich – gegen eine tüchtige Gebühr – an die Antenne der Kopfstation in der nahegelegenen Raimundstraße anschließen lassen.

Schließlich garantierte die Post neben einem gestochenen scharfen Bild der drei herkömmlichen Fernsehprogramme noch den störungsfreien Empfang diverser Rundfunksender. Insgesamt sollten neun Fernseh- und 17 Rundfunkprogramme in die Ginnheimer Wohnstuben gelangen.

Doch die Begeisterung über den neu-modischen Kram hält sich in der Schönbornstraße eher in Grenzen. Von den 24 Häusern wurden bis heute lediglich elf an das Netz angeschlossen. In 13 Häusern, also mehr als der Hälfte, hängt der kleine graue Kasten unbeachtet in einer Kellerecke. Für den Einsatz der 100 000 Mark bekam die Post noch nicht einmal 6000 Mark Gebühren zurück.

Dabei sind die Bewohner der Schönbornstraße im Vergleich zu ihren Frankfurter Mitbürgern geradezu aufgeschlossen gegenüber dem Kabelfernsehen. Rund 20 Millionen Mark hat die Post bislang vergraben. Aber nur 11 000 Frankfurter Wohnungen sind tatsächlich angeschlossen. Nicht einmal 40 Prozent der Bewohner nutzten die vermeintlich große Chance.

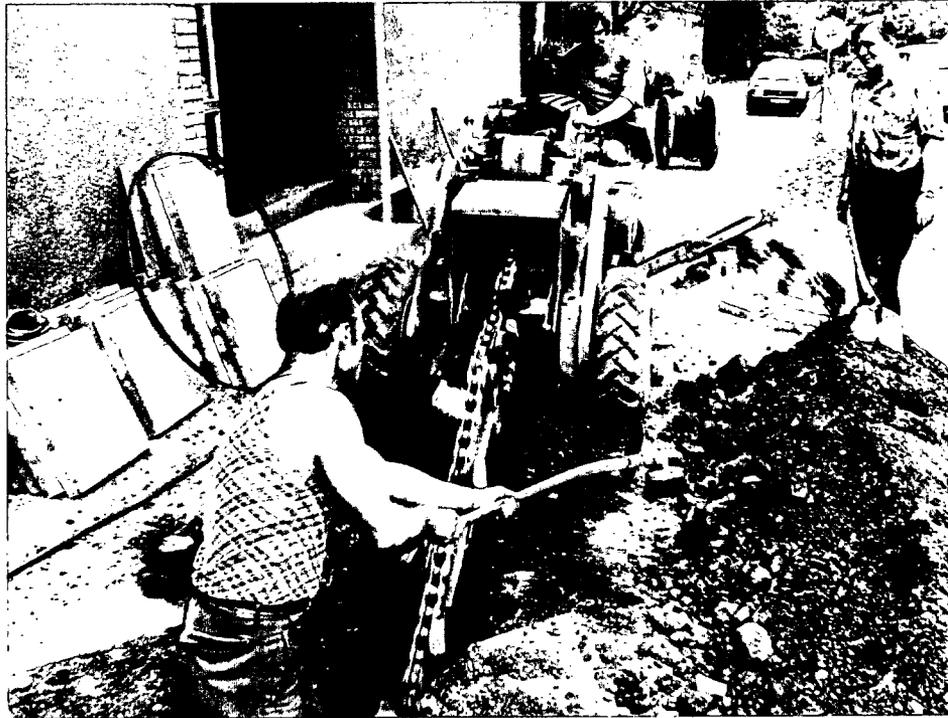
Die klägliche Bilanz in Frankfurt läßt erahnen, was aus der Vision des Bonner

Postministers werden könnte. „Flächendeckend“ will Christian Schwarz-Schilling die Bundesrepublik verkabeln. Geld spielt keine Rolle: Jährlich eine Milliarde Mark will der Minister in das neue Fernsehnetz stecken. Fünf bis sechs Millionen Familien sollen nach Schwarz-Schillings Vorstellungen schon in vier Jahren eine bunte Bilderfülle erleben.

Kabelfernsehen, das war eine magische Beschwörungsformel: Milliarden-Investitionen, hatte vor allem die CDU/CSU noch in der Opposition gebarmt, seien blockiert, 100 000 Arbeitsplätze

Prozent) findet den Umfang des derzeitigen Programms „ausreichend“, erkundete erst kürzlich wieder das Offenbacher Marplan-Institut. Lediglich fünf Prozent der Befragten, so ergab im April die Umfrage in Baden-Württemberg, halten das Kabelfernsehen für „notwendig“.

Gemessen an solchen Zahlen, muß sich Frankfurts Oberpostdirektion über die Resonanz in der Schönbornstraße glücklich schätzen. Manche der Anwohner meinen heute, sie hätten sich von der Reklame einfangen lassen: Doch statt



Verlegung von Fernseh-Kabeln: Geld spielt keine Rolle

könnten durch die Verkabelung der Republik geschaffen werden.

Medienexperten hatten monatlang getagt und auf Steuerzahlers Kosten etliche optimistische Studien geschrieben. Soziologen und Psychologen suchten zu beweisen, daß die anvisierte Medienfülle dem Volkwohl diene, den Kindern wie den Greisen.

Und nun plötzlich – kaum sind die ersten Stränge vergraben – lassen die angeblich so kabelsüchtigen Bundesbürger den kleinen grauen Kasten im Keller unbeachtet.

Meinungsforscher freilich zweifelten schon länger an Schwarz-Schillings Utopien. Die Mehrheit der Bevölkerung (70

der versprochenen neun TV-Programme lieferte die Post gerade mal fünf. Andere wiederum geben an, sie hätten sich der Kinder wegen anschließen lassen. Durch den Blick auf die amerikanischen Soldatensendungen von AFTV würden die Pennäler schneller Englisch lernen.

Buchhalterin Mirjana Truden meint, sie könne jetzt ungestört Bayern drei einschalten: „Da gibt es immer viele alte Filme.“ Die Fernsehprogramme „taugen doch alle nichts“, glaubt hingegen Gerd Fartak. Der Architekt lobt dafür „eine gewisse Auswahl“ im Radio, „in Stereo und lupenrein“.

Der Pensionär Hans Thormann ließ sein Haus an das Kabel anschließen, weil



Postminister Schwarz-Schilling
Vision vom grenzenlosen Fernsehen

er glaubte, komfortgewohnten Mietern den Luxus bieten zu müssen. Inzwischen hat er die ersten Gebührenrechnungen bekommen und bedauert seinen Entschluß: „Das hat sich überhaupt nicht gelohnt.“

Die überwiegende Mehrheit der Kabelverweigerer argumentiert ähnlich. „Das kommt mir nicht in die Wohnung“, sagt die Hausfrau Gertrud Liebe, „das ist doch viel zu teuer.“

Der Fernsehspaß vom Kabelstrang ist in der Tat ziemlich kostspielig.

Nach der bisherigen Regelung verlangte die Post eine einmalige Anschlußgebühr von 400 Mark für jeden Übergabepunkt. Um monatlich mindestens fünf Mark stiegen außerdem die Gebühren, gestaffelt je nach Anzahl der eingerichteten Steckdosen.

Damit ist der Fernsehfreund jedoch noch lange nicht angeschlossen. Private Installateure müssen die Verstärker und Verteiler montieren. Betondecken und Parkettböden werden durchstoßen, um zusätzliche Strippen nun von dem Kasten im Keller statt von der Antenne am Dachfirst zu ziehen.

Für ein Einfamilienhaus kostet die Verbindung zwischen Übergabepunkt und Fernsehapparat rund 600 bis 1000 Mark. Bei Miethäusern etwa mit zwölf Parteien verlangen die privaten Kabelzieher zwischen 2500 und 3000 Mark.

Sind endlich alle Leitungen gelegt, dann braucht der Fernsehfan noch etliche Konverter und Dekoder, manchmal gar ein ganz neues Fernsehgerät. Denn für die „Sonderkanalbereiche“ der angebotenen Kabelprogramme sind die meist älteren Apparate gar nicht ausgestattet.

Das US-Fernsehen des Soldatensenders AFTV etwa können die Frankfurter wegen der unterschiedlichen Farbfernsehensysteme nach wie vor nicht empfangen, obwohl die Post damit wirbt. Es sei denn, die Kabelkunden kaufen für etwa 100 Mark einen Adapter, dann erscheint zumindest ein Schwarzweiß-Bild. Der zusätzliche Farb-Dekoder kostet 500 Mark.

Auch bei der Bundespost geht die Kabelrechnung nicht auf. Das zeigt eine kommunale Studie, die von den Hildesheimer Blaupunkt-Werken für die Emsstadt Lingen erstellt wurde. Danach müßte die Post, wollte sie Defizite vermeiden, statt 400 Mark eigentlich 1800 Mark für den Anschluß am Übergabepunkt verlangen.

Darüber hinaus wären Einnahmen aus Kanalgebühren von kommerziellen Veranstaltern nötig, die ein achtstündiges Lokalprogramm anbieten. Die örtlichen Programm-Macher müßten nach den Blaupunkt-Berechnungen ihre Sendungen eine Dreiviertelstunde durch TV-Reklame unterbrechen, um auf ihre Kosten zu kommen.

Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ließ kürzlich eine Studie anfertigen, die ebenfalls wenig für die Zukunft des Kabelfernsehens verspricht. Alle Befragten gaben ein übereinstim-

mend pessimistisches Urteil ab, die Verbraucher ebenso wie die Kabel- und Geräteindustrie oder die potentiellen Produzenten von privaten Programmen.

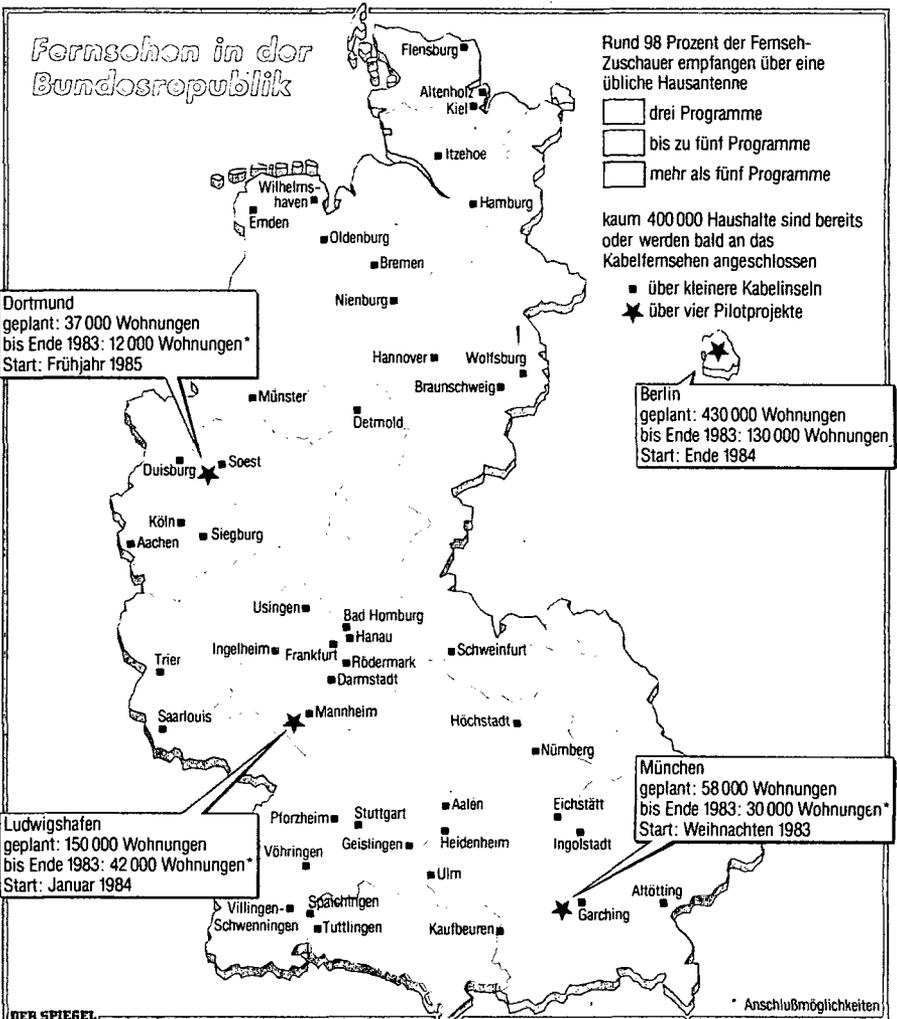
Die Nachfrage sei zu schwach, so das Ergebnis der Untersuchung, die Kosten seien zu hoch. Der Aufwand für Investitionen würde je Haus zwischen 1800 und 2900 Mark liegen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kam schon die Expertenkommission Neue Medien (EKM) in ihrem Abschlußbericht von 1981.

Unter der Annahme, daß die Post flächendeckend 20 Millionen Haushalte verkabelt und jede zweite Wohnung tatsächlich auch an das Kabelnetz angeschlossen wird, würden 30,2 Milliarden Mark allein für Investitionen gebraucht. Umgerechnet je Teilnehmer also 3020 Mark.

Diese Zahl ist deckungsgleich mit Angaben aus Amerika. Rund 3000 Mark kostet nach den jüngsten Berechnungen des Fernsehverbandes CATV die Verlegung der Kabel. Damit das Netz sich lohnt, müßte jeder Teilnehmer 125 Mark pro Monat zahlen. Dabei sind Gebühren für Programme noch nicht mitgezählt.

Selbst finanzstarke Konzerne in Amerika, wie das durch anspruchsvolle Sen-



AGIO
MEHARI'S
Die echten
Cigarillos

Mehari's mit echtem Deckblatt:
Hell als Cameroun oder dunkel
als Brasil.

55
echte Kostbarkeiten
zu gewinnen:
Schachspiele mit
Oriental-Dekor
und Figuren aus der
Welt der Mehari's.

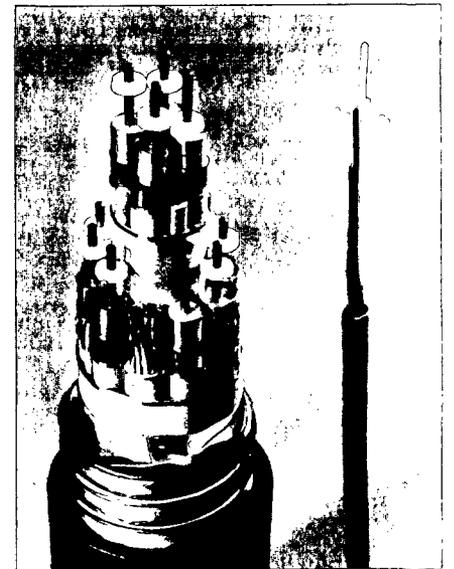
Teilnahmekarten bei Ihrem Händler
oder von Douwe Egberts Agio GmbH,
Oderstr. 8, 4133 Neukirchen-Vluyn
Einsendeschluß: 15. 10. 83

dungen glänzende CBS-Cable, stellten ihr unrentables Geschäft wieder ein. Kleinere Firmen gingen reihenweise pleite.

Die deutschen Experten der EKM machten folgende Gesamtrechnung auf: Zu den 3020 Mark öffentlicher Investitionen pro Haushalt wären im Schnitt weitere 2100 Mark im Privatbereich zwischen Übergabepunkt und Fernsehapparat zu rechnen, insgesamt schon 5120 Mark.

Hinzu kämen Betriebskosten von monatlich 59 Mark für Wartung und Pflege, für Abschreibung und Zinsen. Damit wäre jedoch noch kein einziges zusätzliches Programm finanziert.

Diese ohnehin schon üppigen Beträge werden schnell noch größer, wenn die Post – wie sie es tatsächlich auch tut – zunächst nur Kabelinseln aufbaut, etwa bei den Pilotprojekten in Berlin, Dort-



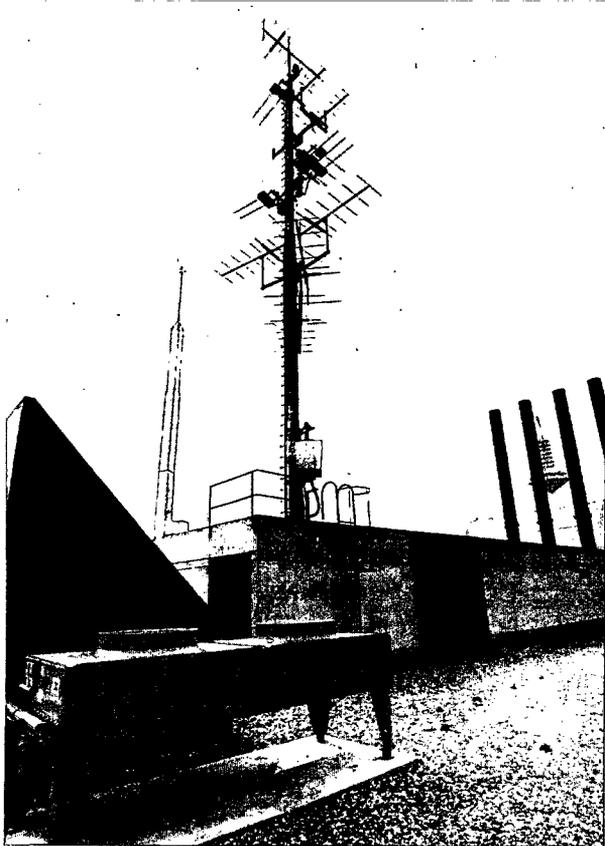
Kupferkabel, Glasfaserkabel
Fiasko mit überholter Technologie

mund, Ludwigshafen und München. Denn das System wird vergleichsweise teurer, je kleiner die Netze sind.

Ein Pilotprojekt mit 20 000 Teilnehmern zum Beispiel verschlingt nach EKM-Berechnungen Investitionskosten von 6350 Mark pro Haushalt und Betriebskosten von 88 Mark pro Monat.

Wollten diese 20 000 Kabelfreunde außerdem regionale Sendungen aus eigenen Studios hören und sehen, würde ein zusätzlicher Pro-Kopf-Aufwand von 250 Mark pro Monat fällig. „Es gibt keinerlei Anhaltspunkte“, so warnten die Stuttgarter Experten, „daß dafür auch nur annähernd eine entsprechende Zahlungsbereitschaft der Teilnehmer bestehen könnte.“

Die teuren Kabelübungen beginnen trotzdem schon in Kürze. Bereits zum Jahresende wollen als erste die Kabel-Piloten in Ludwigshafen und in München senden – mit einem kaum noch überschaubaren Aufwand.



Empfangsanlage für Kabel-TV

Die Nachfrage ist schwach ...

Würde es nach den Bedürfnissen der Bürger gehen, gäbe es kein Kabelfernsehen in der Bundesrepublik. Doch es geht darum, einen Bedarf zu schaffen, und daher wird das fragwürdige Milliardenprojekt durch massive Subventionen gestützt.

- ▷ Schwarz-Schillings Post stattet die vier zuständigen Oberpostdirektionen dieses Jahr insgesamt mit 222 Millionen Mark aus, um die notwendigen Kabel zu vergraben. Das Geld wird letztlich aber dadurch beschafft, daß die Telephonkunden überhöhte Gebühren bezahlen.
- ▷ Die zuständigen Bundesländer fördern die Pilotprojekte durch Bürgschaften, wie in Bayern (35 Millionen), oder durch Landeszuschüsse, wie in Nordrhein-Westfalen (26 Millionen Mark). Das belastet alle Steuerzahler.
- ▷ Auch die Kämmerer der Städte greifen in ihre Haushaltskassen. Sie geben öffentliche Mittel, etwa zur Ausstrahlung der Programme, wie in München, oder zum Ausbau der Sendezentralen, wie in Ludwigshafen.
- ▷ Schließlich müssen sämtliche bundesdeutschen Fernsehzuschauer, ob sie Kabelfernsehen wollen oder nicht, bezahlen: Von den nun auf 16,25 Mark erhöhten Gebühren werden drei Jahre lang zwei Groschen für die vier Versuche abgezackt, insgesamt 140 Millionen Mark.

Wie locker die öffentlichen Gelder gestreut werden, belegt das Beispiel

Ludwigshafen. Claus Detjen, Chef der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) in Ludwigshafen, rechnet für sein Gebiet mit „mindestens 30 000“ Teilnehmern. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Post 150 000 Haushalte verkabeln. Die Kosten sind beachtlich: rund 100 Millionen Mark, also 3333 Mark je Teilnehmer.

Auch Rudolf Mühlfnzl, Geschäftsführer der Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation, kalkuliert mit beträchtlichen Streuverlusten.

Der ehemalige Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens hoffte bisher auf 10 000 Kabelkunden in den Münchner Testvororten zwischen Haidhausen und Neuperlach.

Doch offenkundig war Mühlfnzl nicht sicher, ob sich genügend Interessenten in den Vorstädten finden. Das Kabelareal wurde jüngst auf Bogenhausen ausgedehnt, wo vorwiegend wohlhabende Münchner wohnen. 38,25 Mark pro Monat soll der Kabelversuch pro Anschluß kosten – da sind schon die gutsituierten Mitbürger gefragt.

Das „finanzielle Fiasko“ scheint gleichwohl kaum mehr abwendbar, glaubt Heinz Kaiser, Mitglied des Rundfunkrats in München. Der SPD-Landtagsabgeordnete hat für das Kabelprojekt „eine riesige Finanzlücke von rund 50 Millionen Mark jährlich“ ausgerechnet.

Rundfunkrat Franz Henrich, Leiter der Katholischen Akademie, nennt das ganze Unternehmen „schlicht unseriös“. Und sein Ratskollege Jakob Deffner, Vorsitzender des bayrischen DGB, ahnt schon das vorzeitige Ende des Projekts: „Wie eine Seifenblase geplatzt“.

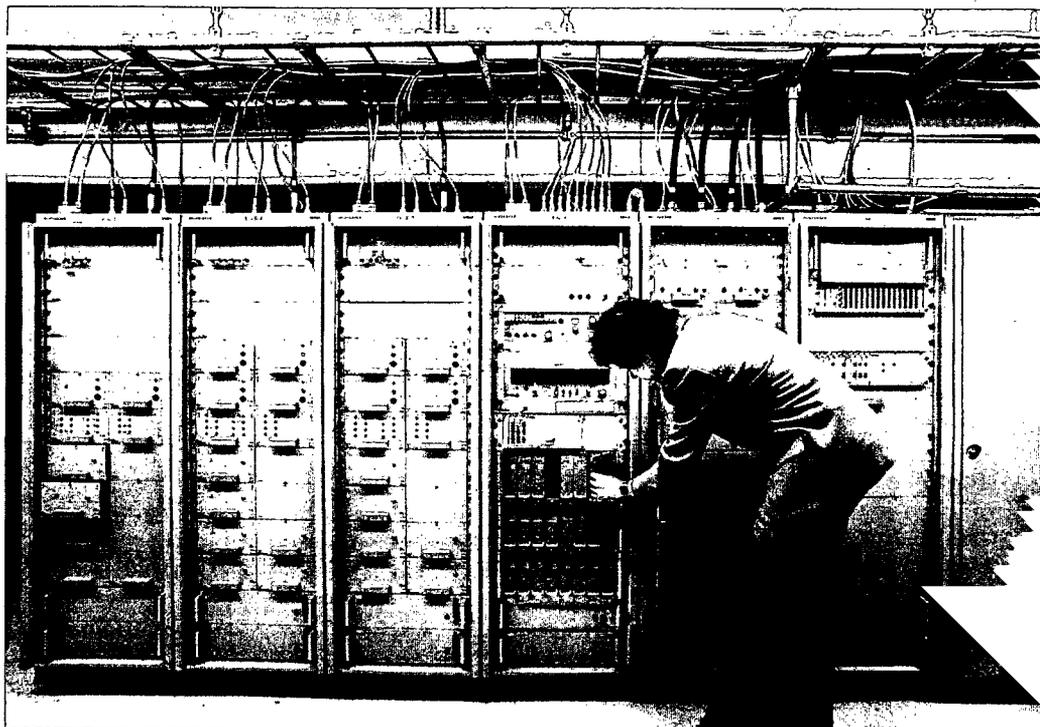
„Ob die Bürger willens, bereit und in der Lage sind, die tatsächlichen Kosten der Verkabelung aufzubringen“, fragt sich mittlerweile nicht nur Kurt van Haaren, der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft.

Auch die Unternehmer werden zunehmend reservierter. „Nicht um jeden Preis“ würden die Verleger, sagt Winfried Reske, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), in die neuen Medien einsteigen. Mark Wössner, Chef des Medienriesen Bertelsmann, warnt vor einer „euphorischen Beurteilung“ des Kabelfernsehens, verweist auf den eher „rückläufigen Fernsehkonsum“ und sagt für seine Firma allenfalls „Fingerübungen“ voraus.

Christian Schwarz-Schilling hat inzwischen eingesehen, daß seine Kabelpläne für die Post „nicht kostendeckend“ sind. Der Minister hat einen naheliegenden Plan gefaßt, um dem Mangel abzuhelfen: Die Gebühren werden erhöht.

Der Anschlußbeitrag von bisher 400 Mark je Haus gilt seit Anfang Juli je Haushalt. Mitte 1985 wird der Satz auf 500 Mark erhöht.

Die zusätzliche Monatsabgabe – neben der gewohnten Gebühr von 16,25 Mark – liegt bei sechs Mark pro Haushalt. Werden die Programme über Richtfunk eingespeist – das ist üblich –, steigt die Last auf neun Mark. Henning Grünert, Chef



... die Kosten sind zu hoch: Schaltzentrale für Kabel-TV

der Firma Antennenbau und Kabelfernsehen (AKF) in Frankfurt, hat die Folgen der zunächst so harmlos klingenden Gebührenänderung ausgerechnet.

Für einen Wohnblock in Frankfurts Mailänder Straße, den Grünert verkabelte, waren früher 400 Mark Anschlußgebühren fällig. Nach Schwarz-Schillings neuer Rechenart würden die Anschlußkosten für die 307 Wohnungen des Mietshauses weit mehr als 100 000 Mark betragen. Die laufenden Gebühren eingerechnet, so der Kabelleger, würde der Fernsehspaß für das gesamte Haus 35mal teurer als zuvor.

Schwarz-Schillings Idee, die Kosten der Post auf Kabelfernseher umzulegen, ist um so bizarrer, als die wenigen Kunden schon jetzt über den Preis der neuen TV-Variante klagen.

Einzelhausbesitzer werden begünstigt – und für die Post geht die Rechnung noch immer nicht auf. Denn der Investitionsaufwand und die Betriebskosten bleiben jeweils rund fünfmal größer als Anschlußabgaben und Monatsgebühren.

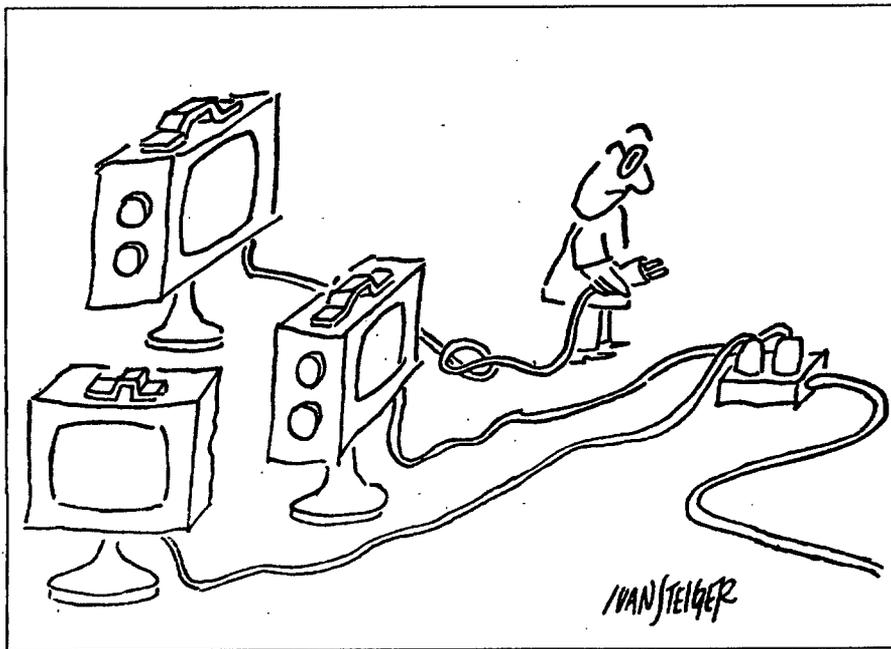
In dieser Not hat sich der Postminister etwas ganz Neues ausgedacht. Um die Nachfrage nach Kabelanschlüssen zu verstärken und damit die Kosten pro Anschluß zu senken, sagt Schwarz-Schilling, müßten einfach mehr Programme her.

Das ist zumindest kein ganz billiger Plan. Ein einziges zusätzliches Programm für das gesamte Bundesgebiet kostet, so schätzen Medienexperten, rund eine Milliarde Mark jährlich. Das erscheint realistisch, die Aufwendungen

Schwarz-Schillings hastiger Aufbruch ins Kabelfernseh-Zeitalter dürfte vollends im Fiasko enden, wenn sich die Vermutung vieler Kabelexperten bewahrheitet: Die Post, so der Vorwurf, stecke ihr Geld in eine überholte Technologie. Schon in wenigen Jahren dürften moderne Glasfaserkabel die veralteten Kupferkabel ersetzen.

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, hält das Vergraben der Kupferkabel „für eine industriepolitische Sackgasse und eine volkswirtschaftlich sinnlose Doppelinvestition“.

Mit dem Kabelfernsehen vollzieht sich in Bonn eine Wende besonderer Art: Die Sozialdemokraten raten zum Sparen, und Schwarz-Schillings Postministerium macht Schulden. 771 Millionen Mark muß sich die Post in diesem Jahr allein für ihre Kabelprojekte pumpen.



Frankfurter Allgemeine Zeitung

Installateur Grünert schrieb für sich und seine Kollegen in einem Telex an Postminister Schwarz-Schilling, daß „das Kabelfernsehen in der jetzigen Form auf nahezu Null absinken wird“.

Technisch gibt es für die drastische Gebührenerhöhung keine Rechtfertigung. Der Aufwand der Post, ein Mehrfamilienhaus an das Netz anzuschließen, ist keineswegs größer als bei einem Einfamilienhaus.

Kabelleger wie Grünert mögen auch nicht glauben, daß die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern bei derart happigen Gebühren künftig noch Kabelanschlüsse verlegen lassen. Täten sie es dennoch und legten die Kosten auf alle Mietparteien um, würden sie praktisch einen Anschlußzwang verfügen. Da die alte Hausantenne weg wäre, könnten Kabelverweigerer dann nur über ihre Zimmerantenne ferngucken: meist nur ein einziges Programm.

Das Ergebnis der Gebührenerhöhung erscheint einigermaßen widersinnig: Wohnungsmieter werden benachteiligt,

des Zweiten Deutschen Fernsehens beispielsweise liegen bei 1,3 Milliarden Mark. Pro Haushalt errechnet sich daraus eine weitere Belastung von fünf Mark monatlich.

Zwar könnten die Deutschen zusätzliche Programme von den Nachbarn abzapfen, von Österreichern, Franzosen, Schweizern oder notfalls aus der DDR. Das aber kostet nochmals Geld zur Abgeltung von Urheberrechten. „Kabelpiraterie“, wie Juristen den Programmklaue im Ausland bezeichnen, wird von deutschen Rechtsexperten einmütig verworfen.

„Wie man es auch dreht und wendet“, sagt Ex-Ministerialdirektor Franz Arnold, im Postministerium einst Leiter der Abteilung Fernmeldewesen, „das Kabelfernsehen rechnet sich überhaupt nicht.“ Es gäbe keine Nachfrage, meint der von Schwarz-Schilling aus politischen Gründen in den Ruhestand geschickte Beamte, und neue Programme kosteten zuviel Geld.

UMWELT

Grüne Wand

Landespolitiker und Biologielehrer propagieren die totale Umwandlung der klassischen Schulgelände: Ökogärten statt Betonplatten und Einheitsrasen.

Mit Maßband und Kreide machten sich die Kinder in Katzenelnbogen im Taunus über ihre Hauptschule her. Unter Anleitung des Biologielehrers Volker Wessel, 45, ermittelten sie Länge und Breite der grauen Betonklötze, vermaßen Schulhof, Wege, Busstation und Parkplätze rundum – allesamt geteert, gepflastert oder betonierte: eine Steinwüste von 13 500 Quadratmetern.

Weniger Raum – nur 6900 Quadratmeter – nahmen die Grünflächen der Schule ein: Englischer Rasen, Serbische Fichten, Japanische Kirschen, Latschen, Magnolien und anderes exotisches Gehölz. Vergebens hielten die Schüler zwischen den ausländischen Ziergewächsen nach vielerlei Tierarten Ausschau.

Weder Schmetterlinge noch Bienen oder Ameisen, geschweige denn Grillen, Libellen oder Igel ließen sich das Jahr über blicken; die fehlenden heimischen Nahrungspflanzen und der Einsatz von Herbiziden und Rasenmäher hatten sie allesamt vertrieben. Nur Spatzen und Amseln, Kaninchen und Regenwürmer gab es zu beobachten, ganz selten einen Buchfink, eine Elster, eine Rabenkrähe.

Schüler und Lehrer wollten es nicht dabei belassen, den in der Bundesrepublik galoppierenden Artenschwund zu beklagen. Sie beschlossen, in ihrem eigenen Einflußbereich ein „Signal zum Umdenken“ zu setzen. In Briefen an das Landratsamt, die Bezirksregierung und das Kultusministerium beschwerten sich